

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 43 (1949)
Heft: 4

Artikel: Weltrundschau : der Atlantikbund ; Die Folgen ; Résistez! ; Das Alte und das Neue ; West und Ost
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-139241>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

hätte. Wird der französische Protestantismus, vorab in seiner sozialistischen Ausprägung, Kraft genug haben, um wenigstens in den großen Kämpfen des 20. Jahrhunderts den entscheidenden Beitrag zu jener Erneuerung Frankreichs zu leisten, auf die wir so sehnsüchtig harren?

Hugo Kramer.

Weltrundschau

Der Atlantikbund Knapp vor Drucklegung unserer Rundschau ist in Washington der *Nordatlantikpakt* feierlich unterzeichnet worden. Er beruht, wie man weiß, auf der Voraussetzung, daß die Sowjetunion beständig sprunghaft dastehe, um Westeuropa zu überfallen, und hat zum Zweck, durch die Verpflichtung der Vertragsteilnehmer zu gemeinsamer Verteidigung gegen jeden Angriff auf irgendein Bundesglied diese Gefahr auf ein Mindestmaß herabzudrücken. Die Idee des Paktes ist also durchaus klar. Was bedeutet er nun aber *praktisch* und *real*, wir meinen über die bloße Erwartung hinaus, daß die Gewißheit eines Eingreifens der Vereinigten Staaten die Sowjetunion von einem Angriff auf Westeuropa von vornherein abhalten werde? Die Antwort ist nur zu einfach: Der Atlantikpakt bedeutet vorerst als greifbare Garantie erhöhter Sicherheit für die europäischen Bundesglieder noch gar nichts. Der Vertragstext sieht nicht einmal die automatische Auslösung der amerikanischen Intervention im Falle eines Angriffs auf einen westeuropäischen Staat vor; die Entscheidung über den Eintritt des Bündnisfalles behalten sich die verfassungsmäßig dazu berufenen Behörden der Vereinigten Staaten selbst vor. Aber auch wenn, wie zu erwarten, diese Entscheidung sehr schnell und in bejahendem Sinn getroffen würde, wären ihre Auswirkungen *beim Fortbestehen des heutigen Kräfteverhältnisses in Europa* höchst unsicher. Denn was geschähe denn in diesem Fall? Die amerikanisch-britische Luftwaffe würde zwar sofort die schwersten Atombombenangriffe auf die Sowjetunion ausführen — wie die United Press unlängst meldete, sind nach Aussagen «maßgebender amerikanischer Militärs» bereits «70 Objekte als Ziele für die B 36 mit ihrem Aktionsradius von 8000 Kilometern für Nonstoppretourflüge bezeichnet worden» — und könnte zweifellos die russischen Industrie-, Verkehrs- und Verwaltungszentren aufs grauenhafteste verwüsten, wenn nicht ganz «ausradieren». Von einem Nachstoßen westmächtlicher Bodendarmeen nach Rußland hinein — und erst eine solche Operation könnte den Krieg entscheiden — wäre aber unter den gegenwärtigen Bedingungen keine Rede; die Westmächte müßten im Gegenteil die verhältnismäßig schwachen Kräfte, die sie jetzt in Deutschland stehen haben, schleunigst hinter den Rhein zurückziehen suchen — ein neues Dünkirchen! — und dann zwischen Basel und Bremen einen breiten deutschen Landstreifen so vollkommen

zerstören, daß der russische Vormarsch womöglich zum Stehen gebracht oder doch sehr verlangsamt würde. Sollten die Sowjetarmeen trotzdem bis zum Atlantik vordringen, so müßten die Westmächte von England, Spanien und Nordafrika aus — denn auch Italien stünde dann den Russen offen — die Wiedereroberung des festländischen Europa organisieren, was im besten Falle ein paar Jahre beanspruchen und ziemlich sicher die zu «befreienden» Länder in Schutt und Asche legen würde.

Wollen es aber die Westmächte — und das heißt die Vereinigten Staaten — nicht so weit kommen lassen, dann bleibt ihnen, um den Atlantikpakt wirksam zu machen, nichts anderes übrig als unverzüglich ihre europäischen Streitkräfte so gewaltig zu verstärken, daß sie nicht nur einen russischen Vorstoß gegen Westen zu zerschlagen, sondern den Angriff ihrerseits nach Rußland hineinzutragen vermöchten. Das hieße aber, daß die Amerikaner zu ihren jetzt in Deutschland stehenden Truppen hinzu mindestens eine Million Mann mit dem ganzen zugehörigen Apparat nach Europa werfen und außerdem ihre atlantischen Bundesgenossen, von denen einige militärisch ganz ohnmächtig sind, mit Kriegsmaterial auf Jahre hinaus sehr reichlich ausstatten müßten — eine Aussicht, die für die Masse des amerikanischen Volkes wenig Verlockendes haben und auch in der Bundesversammlung Widerstand hervorrufen dürfte. Es hieße aber wahrscheinlich außerdem, daß auch Westdeutschland militärisch und wehrwirtschaftlich in großem Stil wieder aufgerüstet werden müßte, wären doch die Atlantikstaaten, auf sich selber gestellt, auch bei größtem Kraftaufwand einer russischen Invasion schwerlich gewachsen, während die Deutschen der westlichen Zonen die Gelegenheit mit Jubel ergreifen würden, sich auf diese Weise wieder in die aktive Weltpolitik einzuschalten. Daß die Vereinigten Staaten eine Riesenanstrengung machen müßten, um Europa militärisch «auf die Höhe zu bringen», steht jedenfalls fest, und Max Werner übertreibt kaum, wenn er im (amerikanischen) «National Guardian» meint: «Wenn er (der Atlantikpakt) eine militärische Wirklichkeit werden soll, werden seine Kosten maßlos hoch sein und wird die Rechnung fast ganz von den Vereinigten Staaten bezahlt werden müssen. Die Geldauslagen für den Pakt werden sich auf 60 Milliarden Dollar (rund 240 000 Millionen Schweizerfranken) belaufen, und seine militärischen Kosten müssen mindestens 100, wahrscheinlich 150 amerikanische Divisionen ausmachen.»

Die Folgen Und nun überlege man sich einen Augenblick die politischen Folgen, die eine derartig forcierte Ausrüstung der Westblockstaaten haben müßte. Zunächst kann kaum ein Zweifel daran bestehen, daß die nationalistisch-militaristischen Kräfte und damit auch die allgemein reaktionären, demokratie- und sozialismusfeindlichen Elemente in ganz Europa und darüber hinaus dadurch mächtig gestärkt würden, vorab in Deutschland. General Clay, der ame-

rikanische Militärdiktator in Westdeutschland, hat in seinem letzten Monatsbericht ohnehin und nun schon zum drittenmal innert kurzer Frist festgestellt, daß die neunationalistischen, antiamerikanischen und antisemitischen Strömungen im deutschen Volk bedenklich im Anschwellen begriffen seien. Das soll man in Washington nur recht genau wissen; aber auch unsern schweizerischen Politikern hat es sicher ganz gut getan, daß sie neulich aus dem plumpen Berner Agitationsvortrag des christlich-demokratischen (!) Führers Adenauer authentisch erfahren haben, was für ein Deutschland da wieder im Anmarsch ist und wessen sich Europa von ihm zu versehen hat. (Der Sozialdemokrat Carlo Schmidt, der nach Adenauer sprach, hat dann natürlich die Lage wieder nach Kräften verwedelt.)

Zum zweiten ist aber völlig klar, daß der zu erwartende neue Rüstungswettlauf eine internationale Spannung erzeugen wird, die über kurz oder lang auch zu einem neuen Krieg zu führen droht. «Man rüstet, um den Nachbarn zu beeindrucken, der rüstet, um sich nicht beeindrucken zu lassen. So hält man die verhängnisvolle Furcht wach, die die Leute verhindert, an den Frieden zu denken und ihn vorzubereiten.» (Henri Tanner in der «Suisse Contemporaine».) Nur leichtfertiger Optimismus kann annehmen, daß sich die Russen durch die 25 oder 30 Divisionen, welche die Amerikaner neu in Deutschland aufstellen müßten, und durch die ewigen Drohungen mit der Atombombe, die man ihnen dann verabreichen werde, wirklich einschüchtern oder gar «bekehren» lassen würden. Das Gegenteil wird der Fall sein: Sie werden erst recht aufgeputscht, herausgefordert und verhärtet werden. Sogar ein John Foster Dulles scheint, seit er durch Deweys Niederlage um den Posten des amerikanischen Außenministers gekommen ist, in dieser Beziehung etwas hellhöriger geworden zu sein, hat er doch leßthin öffentlich gewarnt, daß, wenn auch die Sowjetunion «unter den obwaltenden Umständen» nicht an Krieg denke, eine großzügige amerikanische Militärhilfe an Skandinavien von selbst zum Krieg führen könnte, da dann die Russen ihr Kernland «unmittelbar und ernsthaft bedroht» sähen. Und es handelt sich nicht nur um Skandinavien!

Die russische Reaktion auf den Atlantikpakt wird denn auch zusehends eindeutiger. Nicht nur, daß die Heftigkeit, mit der die westeuropäischen Kommunisten den Pakt bekämpfen, die Stimmung in Moskau klar genug widerspiegelt und die soeben den Atlantikstaaten überreichte sowjet-russische Note eine erste offizielle Warnung an die Paktmacher darstellt, die sie nur zu ihrem eigenen Schaden leichthin abtun könnten: die Veränderungen in der Leitung der sowjetischen Außenpolitik, denen solche in der Führung der Roten Armee gefolgt sind, stellen sich tatsächlich als Bestandteil eines umfassenden Planes heraus, der auf die möglichste Straffung und wirksamste Ballung aller Verteidigungskräfte der Sowjetunion abzielt und sich zweifellos noch weiter entfalten wird. Hand in Hand damit geht, ebenfalls im Zeichen der Erhöhung der militärischen

Schlagkraft und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Ostblocks, die methodische Engerkettung der osteuropäischen Volksrepubliken an die Sowjetunion; Jugoslawien, das auf seiner Sonderstellung beharrt, sieht sich deshalb einem zunehmend verschärften Druck von seiten der übrigen kommunistisch regierten Staaten ausgesetzt, der es allerdings eher ins westliche Lager abzudrängen droht, während sich Ungarn, Albanien, Bulgarien, Rumänien und Polen gern oder ungern der russischen Führung unterordnen und besonders auch die Tschechoslowakei, angesichts der von Deutschland her neu drohenden Gefahr, gar keine andere Wahl hat als sich fest an die Sowjetunion anzulehnen, mit allen innerpolitischen Folgen, die sich daraus ergeben.

So wird es immer zweifelhafter, daß der Atlantikpakt wirklich «einer der größten Schritte zum Weltfrieden hin (ist), die seit dem Ende des ersten Weltkrieges gemacht worden sind», wie der britische Außenminister Bevin behauptet. Er droht vielmehr gerade das herbeizuziehen, was er zu verhindern bestimmt ist: den offenen Zusammenstoß der beiden großen Machtblöcke, die sich bisher erst im «kalten» Krieg, wenn auch einander aufs argwöhnischste belauernd, gegenüberstehen. Ja er ist sogar, weil er die Böswilligkeit und Angriffsbereitschaft des Gegenspielers als feststehende Tatsache voraussetzt, aus der es nur noch die Konsequenzen zu ziehen gelte, wie die politische Strategie der Westmächte überhaupt in Wirklichkeit schon jetzt weniger das Werkzeug einer Staatskunst, die — nach dem verruchten Wort — zum Kriege rüstet, um den Frieden zu sichern, als der Ausfluß des Willens, sich für einen Krieg, den man sowieso kommen sieht, diejenigen Ausgangsstellungen zu sichern, die den Sieg verbürgen sollen. Er wird mit der massiven Rüstungssteigerung und fortschreitenden Militarisierung der Völker¹, die er in Aussicht stellt, auf jeden Fall Wirtschaft und Finanzen der beteiligten Länder derart belasten, daß ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Kommunismus schon im Vorkriegsstadium bedenklich geschwächt werden dürfte — nicht zu reden von dem Chaos, das entstehen müßte, wenn der Krieg wirklich losbräche. O Torheit der Torheiten, dem Kommunismus mit Waffengewalt und politischen Machtmitteln entgegenzutreten zu wollen! Nur kurzichtigstes Interessedenken und sturer Fanatismus kann auf diesem Weg Erfolg erwarten. Die westliche Welt lenkt sich damit und mit der unausgesetzten antikommunistischen Propaganda, die sie betreibt, nur selber von der Aufgabe ab, den Kommunismus mit *wirksamen* Mitteln zu überwinden — und der Teufel lacht dazu!

¹ Eine Gruppe amerikanischer Intellektueller und Gewerkschaftsführer, darunter Pearl Buck, Louis Bromfield, Albert Einstein und Victor Reuther (der Bruder Walters), hat kürzlich, als Ergänzung einer früher erschienenen Schrift, eine neue Studie über die Militarisierung Amerikas («New evidence of the militarization of America») veröffentlicht, die ebenso aufschlußreiches wie bedrückendes Material über den Grad der «Verpreußung», den die Vereinigten Staaten bereits erreicht haben, beibringt.

Résistez! Ob die Völker aber nicht doch noch rechtzeitig erwachen und den ganzen Lug und Trug der militärischen Friedenssicherung empört von sich tun? Die Lage wird tatsächlich immer offenkundiger reif für eine umfassende Bewegung *direkten Widerstandes gegen den Krieg und die Vorbereitung darauf*. Es müßte jetzt, so empfinden wir ganz deutlich, vor allem unter den Völkern Mittel- und Westeuropas, die dem Untergang verfallen wären, wenn die amerikanische Kriegsmaschine gegen die Sowjetunion losgelassen würde, der aus letztem Ernst entsprungene Willen aufbrechen: Da machen wir nicht mehr mit! Wir wollen leben und schaffen! Wir werden unsere Regierungen zur radikalen Abrüstung zwingen! Und wenn es dennoch so weit kommen sollte — marschieren werden wir auf gar keinen Fall!

Ich glaube denn auch, daß sich eine solche Widerstandsbewegung großen Stils in dem Maße unter uns erheben und ausbreiten wird, als den Völkern zu klarem Bewußtsein kommt, daß wir alle unweigerlich dem Niagara entgegentreiben, wenn wir unser Schiff nicht sehr rasch zum Halten und zum Anlegen an sicherem Land bringen können. Natürlich werden in der sich ankündigenden direkten Friedensaktion auch Kräfte mitwirken, die von recht gewöhnlichen und banalen, wenn nicht niedrigen Antrieben und Stimmungen bewegt werden: von kreatürlicher Todesangst, von Panikgefühlen aller Art, von politischen Spekulationen dieser oder jener Herkunft und dergleichen. Das ist ganz unvermeidlich. Ihre entscheidende Kraft wird die Aktion aber allein aus einem zutiefst sittlich und menschheitlich begründeten, durch keinerlei Sophistik mehr zu beschwichtigenden Abscheu gegen die boden- und gottlose Gemeinheit des modernen Totalkrieges und dem ebenso unbedingten Willen zu einem anständigen, wenn nicht schon brüderlichen, so doch wenigstens friedlich-rechtlichen Zusammenleben der Völker schöpfen, und ihr Kern werden diejenigen Menschen und Gruppen sein müssen, die die Botschaft von der gewaltlosen Überwindung des Bösen in ihr Herz und ihr Leben aufgenommen haben und lieber Verfolgung und Tod zu erleiden bereit sind, als daß sie an einem neuen Kriegsverbrechen, an dem unausdenkbar teuflischen Massenmord mitschuldig werden wollten, den die Gewaltgläubigen jetzt vorbereiten.

Man komme uns ja nicht mit dem bössartigen Geschwätz vom Landesverrat, den eine derartige Haltung darstelle. Solche Demagogie verdient überhaupt keine Erwiderung. Man erhebe aber auch nicht den billigen Einwand, der «weltfremde Idealismus» einer Aktion, wie wir sie im Auge haben, würde Westeuropa nur der Gewaltherrschaft des bolschewistischen Untermenschentums ausliefern. Den glaubenslosen «Realisten», die so sprechen, antworten wir mit einer dreifachen Feststellung:

1. Die Vorstellung von einem gierigen Sowjetimperialismus, der nur darauf lauere, über ein wehrloses Westeuropa herzufallen, ist kindisch und unwürdig. Die Außenpolitik der Sowjetunion in den 30 Jahren

ihrer bisherigen Existenz war — von der kurzen Periode weltrevolutionärer Träume abgesehen — wesentlich durch die Notwendigkeit der Verteidigung und Sicherung des neuen Staatsgebildes gegen auswärtige Intervention und Bekriegung gekennzeichnet. Es liegt kein ernsthafter Grund zur Annahme vor, daß dieser defensive Charakter der russischen Politik in ihr Gegenteil verkehrt würde, wenn ein abgerüstetes Westeuropa die Gefahr solcher Bekriegung aus der Welt schüfe, zumal die Führer der Sowjetunion recht wohl wissen, daß sich die Völker Westeuropas niemals von Moskau aus regieren ließen. Was man im Kreml jetzt mit Tito erlebt, würde sich zwischen Berlin und Bordeaux, zwischen Oslo und Palermo in hundertfach verstärkter Form wiederholen, wenn der Versuch gemacht würde, die Völker Europas durch einen kommunistischen Zentralismus zu disziplinieren und gleichzuschalten.

2. Sollte aber die Führung der Sowjetunion wirklich so verblindet sein, um Westeuropa militärisch besetzen zu lassen, so wären die gleichen moralischen Kräfte, die Abrüstung und Nichtkriegführung erzwungen hätten, stark genug, um auch die russisch-kommunistische Militärherrschaft durch gewaltlosen Widerstand zu brechen. Die Opfer, die dabei gebracht werden müßten, wären unter allen Umständen vieltausendmal geringer als diejenigen, die ein westmächtlicher «Freiheitskrieg» gegen die Sowjetunion in einem atomisierten Westeuropa fordern würde. Auch eine sowjetische Besetzung würde einmal abgeschüttelt werden, und das Leben ginge machtvoll weiter; käme es aber zu einem neuen europäischen Krieg, so wäre wahrscheinlich alles zu Ende.

3. Ein abgerüstetes, im guten Sinne neutrales, das heißt nicht in einen Krieg zwischen den beiden großen Weltmächten einzuspannendes Westeuropa wäre auch ein *sozialistisches* Westeuropa. Die aus dem Kapitalismus geborenen Kräfte, die immer wieder die westliche Welt gegen die Sowjetunion gestellt haben, wären damit grundsätzlich überwunden und zum erstenmal die Aussicht auf die Umwandlung des feindseligen Verhältnisses zwischen den beiden Hälften Europas in eine friedliche Zusammenarbeit eröffnet. Das bedeutet aber, daß die «Nie-wieder-Krieg»-Bewegung, die wir erwarten, sich auch die wirtschaftliche und politische Unabhängigmachung Westeuropas vom hochkapitalistischen Amerika zum entschlossen verfolgten Ziel setzen muß. Jetzt macht die ungeheure Belastung der westeuropäischen Länder durch Rüstungsausgaben die wirtschaftliche und finanzielle Hilfe der Vereinigten Staaten allerdings unvermeidlich. Dieser Zwang fiele jedoch in dem Augenblick weg, da sich Westeuropa entschlösse, auf Kriegsvorbereitungen zu verzichten und die dadurch freiwerdenden Mittel für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die soziale Wohlfahrt zu verwenden. Kein Marshall-Plan wäre jetzt mehr nötig und damit auch keine amerikanisch geleitete Wiederherstellung des kapitalistischen Regimes mehr möglich, wie sie jetzt in vollem Gange ist.

Also nicht Sozialismus und Aufrüstung, nicht europäischer Wiederaufbau und Abhängigkeit von Amerika, nicht Friedenspolitik und Kriegsvorbereitung, wie es dem oberflächlichen, faulen Kompromißdenken der Zeit entspricht, das aus jener Lähmung der Seelen hervorkommt, die alle, auch die bestgemeinten Bestrebungen — und mit Vorliebe gerade sie — zu verderben sucht. Hier gilt nicht das beliebte Sowohl-Als auch; hier gibt es nur ein unerbittliches Entweder-Oder. Wer (vermeintlich) der Entscheidung ausweicht, der wird eben von der Gesetzmäßigkeit der Ereignisse selbst zur Entscheidung gezwungen, und zwar meistens zur Entscheidung für eine Sache, die er eigentlich doch nicht so recht wollte. So wählet denn, ihr Menschen und Völker Westeuropas, in freiem Entschluß, was allein zu eurer Rettung dient! Wählet eure Einigung in gleicher Unabhängigkeit von Amerika wie von Rußland, vom Kapitalismus wie vom Kommunismus! Wählet den sozialistischen Wiederaufbau und verwerfet die kapitalistische Restauration! Wählet Freiheit und soziale Gerechtigkeit als die sicherste Verteidigung eures nationalen Eigenlebens und laßt sie nicht durch militärische Rüstungen, diplomatische Allianzen und auswärtige Subsidien korrumpieren und ersticken! Und vor allem: Laßt eure Länder nicht zum Schauplatz eines letzten Machtkampfes zwischen den beiden großen Weltreichen im Westen und im Osten werden! Wehrt euch mit ganzer Kraft gegen das euch drohende Los, bei einem solchen Zusammenprall erdrückt, vernichtet, atomisiert zu werden! Résistez!

Das Alte und das Neue Das ist die Aufgabe, die vor uns steht. Die tatsächliche Lage scheint freilich zunächst wenig Hoffnung zu bieten, daß die Aufgabe auch wirklich erfaßt und erfüllt werde. Vor allem nimmt die Abhängigkeit Westeuropas von Amerika zurzeit eher noch zu als ab. Auch auf wirtschaftlichem Gebiete. Die amerikanische Bundesversammlung ist gerade jetzt daran, die Marshall-Plan-Hilfe um ein weiteres Jahr zu verlängern und damit die Empfängerländer immer enger mit dem Schicksal des amerikanischen Kapitalismus zu verketten. Denn daß dies die Absicht sowohl wie die Wirkung des Marshall-Planes ist, kann nur leugnen, wer den inneren Zusammenhang der Dinge einfach nicht sehen will. Sogar der Pariser Wirtschaftskorrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung», der auf diese Frage spezialisiert ist, bestätigt es neuerdings in aller Unbefangenheit, indem er feststellt, daß die mit der Durchführung des amerikanischen Hilfsplanes betrauten Stellen, «weit davon entfernt, die Fahrt mit geschlossenen Augen angetreten zu haben, im Gegenteil eifrig darauf bedacht (sind), den Kurs unbeirrt auf das Endziel zu halten, das Endziel, das ja kein anderes ist als die Wiederherstellung einer sich selbst tragenden westeuropäischen Wirtschaft und das also die Rückkehr zur selbsttätigen freiheitlichen Marktordnung mit sich bringt», das heißt, aus dem liberalistischen Jargon in gewöhnliche Sprache übersetzt, die Wieder-

herstellung des ungehemmten Kapitalismus in sich schließt, dessen Antriebs- und Ordnungskraft das Streben nach größtmöglichem persönlichem Gewinn ist.

Die Wiederaufrichtung des guten, alten Vorkriegskapitalismus, dessen Weiterbestand durch die infolge von Krise und Krieg nötig gewordenen Lenkungs- und Planungsmaßnahmen eine Zeitlang ernstlich gefährdet schien, ist denn auch nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern insbesondere in Westeuropa und unter zielbewußter amerikanischer Führung auf bestem Wege. Am folgerichtigsten geschieht sie wohl in Italien, wo «die Wirtschaft», von lästigen Fesseln befreit, wieder prächtig in Schwung gekommen ist — mit der störenden Nebenwirkung allerdings, daß es wieder 2 bis 3 Millionen Ganzarbeitslose und doppelt so viele Teilarbeitslose gibt, daß allerorten unbeschreibliche Wohnungsnot herrscht und die Massenarmut in Stadt und Land, bei gleichzeitigem prozigem Reichtum der schwer verdienenden Oberschicht, so kraß ist wie nur je.

Auch Frankreich und Belgien haben die soziale Planwirtschaft grundsätzlich preisgegeben und mit amerikanischer Unterstützung die kapitalistische Marktwirtschaft wieder zu Ehren gezogen, Belgien — unter sozialdemokratischer Führung! — in raschem Entschluß und anfangs auch mit scheinbar großem Erfolg, mehr und mehr aber mit schweren sozialen Rückschlägen (unter anderm etwa 300 000 Arbeitslose auf 7,5 Millionen Einwohner), Frankreich zögernder und unter heftigen Zuckungen des ganzen Gesellschaftskörpers, jetzt aber mit sichtbarer Erholung der Produktion und Hebung des Lebensstandes besonders der bürgerlichen und bäuerlichen Bevölkerung. Die bedeutende Stärkung der Parteien der Rechten, besonders der Gaullisten, bei den jüngsten Departementswahlen ist der politische Ausdruck dieser Entwicklung, wenn auch der große Mandatsverlust der Kommunisten im wesentlichen die Folge des Mehrheitswahlsystems und der dadurch ermöglichten Blockbildung der antikommunistischen Parteien («Alles üse») ist und kein getreues Bild des tatsächlichen Kräfteverhältnisses gibt. (Mit 23 Prozent der Stimmen, ohne Paris und das Seinedepartement, in dem diesmal nicht gewählt wurde, haben die Kommunisten nur 2 Prozent der Mandate erhalten.)

Spanien hätte bei seiner völlig zerrütteten Volks- und Staatswirtschaft offizielle amerikanische Hilfe gleichfalls bitter nötig. Wegen des bekannten «demokratischen Vorurteils» gegen Franco kann aber das amerikanische Kapital sein Interesse an der Stützung des alten Regimes vorerst nur durch Industriebeteiligungen, Großgüteraufkäufe, Anleihen und andere private Operationen bekunden.

Von der planmäßigen Wiederherstellung des Kapitalismus — und zwar nicht eines liberalen, sondern des ausgewachsen monopolistischen Kapitalismus — in Westdeutschland braucht man kaum mehr zu reden; die Einsetzung früherer deutscher «Erzherzöge» als westmächtlicher Treu-

händer für die Ruhrindustrie, neben weniger einflußreichen Vertretern anderer Kreise, hat in der Berichtszeit immerhin noch einiges Aufsehen erregt und zeigt jedenfalls die Richtung, in der sich die westalliierte Deutschlandpolitik bewegt, neuerdings klar an. Daß die Arbeitslosenzahl in der britisch-amerikanischen Zone jetzt die Millionengrenze überschritten hat, gehört zum Gesamtbild dieser Art Wirtschaftssanierung.

Eine Sonderstellung innerhalb der westeuropäischen Gesamtentwicklung nimmt nach wie vor *England* ein, das sich unter Aufrechterhaltung der gelenkten Wirtschaft und stetiger Ausdehnung der Sozialisierung tapfer durch alle Schwierigkeiten hindurchkämpft, mit seiner fortschreitenden militärischen Aufrüstung aber ein finanzielles Bleigewicht an den Beinen hängen hat und durch Produktion von Kriegsmaterial wie durch Militärdienst seiner Exportindustrie dringend benötigte Arbeitskräfte und Rohstoffe entzieht.

In den *Vereinigten Staaten* andererseits stößt das hochgemute Erneuerungsprogramm, das Präsident Truman zu Beginn seiner neuen Amtsdauer verkündet hat, auf unerwartete Widerstände. Der Versuch der Regierung, den Unfug der Dauerreden, mit denen die ganze Tätigkeit des Senats lahmgelegt werden kann, einigermaßen abzustellen, hat zu einem Bündnis der erzreaktionären Süddemokraten mit den konservativen Rechtsrepublikanern geführt, das nicht nur jede Verbesserung der Negergesetzgebung unmöglich macht, sondern auch den ganzen wirtschafts- und sozialpolitischen Reformplan Trumans in Frage stellt. Der Wahlsieg der fortschrittlichen Kräfte vom November 1948 droht durch diese Neubildung einer rückschrittlichen Mehrheit im Parlament geradezu in sein Gegenteil verkehrt zu werden — ein weiteres Beispiel für die Ohnmacht eines «Volkswillens», der nicht auch die Herrschaftsstellung der diktatorischen Wirtschaftskräfte zu brechen imstande ist. Es sieht tatsächlich fast so aus, als würden die kapitalistisch-konservativen Interessengruppen, die nach wie vor die Außenpolitik der Vereinigten Staaten beherrschen, nun in aller Form auch wieder die Führung der amerikanischen Innenpolitik übernehmen, sicher nicht ohne Mitschuld des unentschiedenen Truman, der eben doch mit beiden Beinen auf dem Boden des «freien Unternehmertums» steht und darum der Gefangene dieses Systems bleibt, auch wenn er etwa Anwandlungen hat, da und dort seine eigenen Wege zu gehen. Wallace und seine Dritte Partei haben eben doch recht, wenn sie eine saubere politische Neugruppierung erstreben, die den reaktionären Elementen in *beiden* historischen Parteien eine Sammlung der radikal fortschrittlichen Kräfte gegenüberstellen und sie mit einem klaren, volkstümlichen Programm zum Siege führen soll.

West und Ost Inzwischen wird sich eben das kapitalistisch-großbürgerliche Regime in den Vereinigten Staaten ungeschwächt behaupten, ja weiter festigen und seine Kraft auch auf die

übrige Welt, besonders auf Westeuropa, ausstrahlen. Dies um so mehr, als bei einer Fortdauer der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen gar nicht daran zu denken ist, daß Europa, wie bei der Ingangsetzung des Marshall-Planes angenommen wurde, um 1952 herum seine wirtschaftliche — und damit auch politische — Selbständigkeit wiedergewonnen haben werde. «Europa wird», so stellt auch Fritz Sternberg an Hand des Zwischenberichtes der Marshall-Plan-Verwaltung in «The Nation» fest, «noch lange nach 1952 von den Vereinigten Staaten abhängig sein.» Die westeuropäischen Länder könnten zwar, so meint dieser gewiegte Wirtschaftsbeobachter, ihre Produktion und Ausfuhr derart steigern, daß sie bis in drei Jahren ihre Einfuhr aus eigenen Mitteln zu bezahlen vermöchten, wenn sie ihren *Handel mit Osteuropa* entscheidend auszudehnen imstande wären. Aber das setzte eben voraus, daß Westeuropa in großem Maßstab Maschinen und Industrieerzeugnisse aller Art nach der Sowjetunion und den Volksrepubliken ausführte, um seinerseits Lebensmittel und Rohstoffe von dort zu bekommen, und das wäre wiederum nur mit Hilfe ausgiebiger Kredite möglich, die allein die Vereinigten Staaten gewähren könnten, aber nicht wollen, um nicht die Oststaaten wirtschaftlich und damit auch militärisch zu stärken. Immer wieder die unselige Spaltung zwischen Ost und West, die alle Gesundung und Befriedung der Welt verhindert!

Vor dem gleichen Sachverhalt stehen wir, wenn wir uns der Lage in *Asien* zuwenden. Statt seine reichen Kräfte und Mittel in die zurückgebliebenen und furchtbar verarmten Länder des Nahen und Fernen Ostens hineinströmen zu lassen und damit die unausweichliche soziale Revolution in friedliche Bahnen zu lenken, scheint der Westen jetzt vor allem von der Absicht erfüllt zu sein, gegen diese Revolution militärisch-politische Schutzdämme zu errichten, ihre Kräfte also zurückzustauen und zu gewalttätigen Ausbrüchen geradezu zu zwingen. Im *Vorderen Orient* ist es namentlich Großbritannien, hinter dem allerdings Amerika steht, das gegen die Sowjetunion und die Ausbreitung radikaler Volksbewegungen einen Machtblock zustande zu bringen sucht, dessen Eckpfeiler die Türkei und noch mehr Ägypten wären. Die Besetzung Akabas durch britische Truppen, welche die Landverbindung zwischen Ägypten und Transjordanien sicherstellen soll, hat vor allem *diesen* Hintergrund, und die Vermutung ist vielleicht nicht sehr abwegig, daß die Engländer, die bereits wieder 50 000 Mann in Vorderasien stehen haben, nicht übel Lust hätten, ihre überstürzt preisgegebenen Stellungen in Ägypten und Palästina soweit immer möglich wieder einzunehmen. Israel, das wie mit Ägypten und Transjordanien, so auch mit dem Libanon Waffenstillstand geschlossen hat, scheint auch fernerhin, von England mit äußerstem Mißtrauen beobachtet, seinen eigenen, unabhängigen Weg gehen zu wollen, während in Irak, Persien und Syrien Kundgebungen, Streiks, Parteiverbote, Putsche und soziale Unrast aller Art von der zunehmenden Auflehnung des Volkes gegen die unfähigen, korrupten Feudalregie-

rungen und damit gegen die Einordnung in das sie stützende britisch-amerikanische Machtsystem Zeugnis geben.

In Südostasien zeichnet sich mittlerweile, als Gegenstück zum Atlantikpakt, der Plan eines «Pazifischen Verteidigungspaktes» etwas deutlicher ab. Die Verteidigung gilt natürlich auch hier dem Vordringen der sozialen Revolution, insbesondere in ihrer kommunistischen Form, so wie sie China zu erobern im Begriffe steht und von hier aus auch eine ganze Reihe anderer Länder zu erfassen droht. Aber wiederum: welch primitive Vorstellung, der gewaltigen gesellschaftlichen Umwälzung, die in Asien vor sich geht, mit den Mitteln militärischer Machtpolitik begegnen zu wollen! Das Unterfangen, so viel kann man schon heute mit Gewißheit sagen, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt, kann es doch, wie der «New Statesman» sich ausdrückt, «nichts tun, um den Lebensstandard der asiatischen Völker zu heben. Es bietet Kanonen, wo landwirtschaftliche Maschinen nötig sind. Es birgt in sich Atomanlagen, wo die Länder dringend Bewässerungsdämme brauchen. Wenn es noch eines Beweises bedürfte, daß Militärhilfe mit dem Kommunismus nicht fertig werden kann, so liegt er im völligen Mißerfolg der amerikanischen Politik in China. Es besteht kein Grund zur Annahme, daß ein vom Westen begonnener Verteidigungspakt, zu dem unausweichlich Militärhilfe gehörte, in andern Teilen Asiens andere Ergebnisse zeitigen würde, wenn es damit auch etwas langsamer ginge . . . Die gegenwärtige Konzentration auf einen Pazifikpakt fördert nur die Vorstellung, daß ein Krieg unvermeidlich sei; sie drängt das kommunistische China in eine Lage, wo der Jangtse die Sowjetgrenze wird. Es wäre ein Unglück, wenn eine Labourregierung in England, mit ihren guten Leistungen in Indien und manchen Teilen Südostasiens, ihr Ansehen ausnützte, um Mitglieder des Reichsverbandes zu veranlassen, sich im Namen eines antikommunistischen Kreuzzuges auf Kriegsfuß umzustellen».

Man kann wirklich nur mit Sorge all die Kreuzzugsvorbereitungen und Paktbestrebungen mit ansehen, die jetzt in aller Welt im Gange sind. Der Verteidigungscharakter der Rüstungen und strategischen Vorkehrungen beider Lager steht für mich nicht in Frage; aber Erfahrung und Überlegung warnen uns eben doch aufs eindringlichste vor der Weiterverfolgung eines Weges, auf dem sich aus lauter Furcht und Verteidigungswillen der eine der beiden möglichen Gegner einmal zu einer Haltung oder Handlung veranlaßt sehen könnte, die der andere als politischen Angriffsakt erklären und mit einem militärischen Gegenangriff beantworten würde. *Verzicht auch auf den Verteidigungskrieg* – darin liegt, wie die Dinge heute stehen, die einzige Chance, einen Zusammenprall zu verhindern, der sonst mit fataler Zwangsläufigkeit näher und näher rückt. Und da von den beiden führenden Weltmächten ein solcher Verzicht nicht zu erwarten ist, richtet sich unsere Hoffnung auf die *geführten Staaten und Völker*, vor allem auf die Völker West-

europas, die nun allmählich doch wissen könnten, was Krieg heißt. Eine Auferstehung, eine Überwindung der Todesmächte in der Völkerwelt müßte daraus erwachsen, die all unser Begreifen überstiege. Aber freilich, das Opfer müßte ihr vorausgehen und jenes Erdbeben, das sieghaft alle Grabeswände zu sprengen die Kraft hat!

1. April.

Hugo Kramer.

BUCHBESPRECHUNGEN

Moderne Literatur

Lörinc Kovai: «Der Feuerkelch», Universum-Verlag, Zürich 1948, 784 S.

Die rote Fahne mit dem goldenen Kelch, das revolutionäre Hussitenbanner, welches in Böhmen nach der Verbrennung Hus' aufflatterte und mit den siegreichen Hussitenheeren in weitere Gebiete getragen wurde, war als Zeichen einer sozialen Revolution einerseits und eines gläubigen Bibelgehorsams anderseits Gegenstand des Hasses und der Furcht auf seiten der Feudalherren und der Kirche.

Während Westeuropa jene Kämpfe nur als Episode in Erinnerung hat, spielen diese im Gedächtnis der Ostvölker eine größere Rolle, und das nicht zu Unrecht, denn aus ihnen haben die späteren Bauernkriege den zündenden Funken erhalten.

Im vorliegenden Roman des Ungarn Kovai, der sich den Hussitenkrieg mit seinen wunderbaren Siegen der Schwachen über die Starken, aber auch mit seinen verzehrenden Partiekämpfen im hussitischen Lager selber, mit der ganzen Roheit jener Zeit, wie auch mit der blutigen Schlußtragödie zum Gegenstand gewählt hat, kommt etwas Ähnliches zum Ausdruck wie bei vielen romanhaften oder dramatischen Versuchen, Massenerlebnisse, Erhebungen revolutionärer Massen darzustellen. Die Handlung löst sich auf in ein oft unübersehbares Chaos einzelner Darstellungen. Die Personen tauchen, da es in ihnen keine wesentliche Entwicklung gibt, in ein ununterscheidbares Grau. Jagende und gejagte Masse, Hast der Geschehnisse, die auch die Sprache hastend macht, Übergehungen wichtiger Charakterzüge und Motive — wie z. B. der eigentlichen evangelischen Grundlagen bei Hus — sind auch hier zu Merkmalen der Darstellung geworden und bewirken, daß das Buch als Roman schwer genießbar wird. Es vermag nur einen Eindruck von der Spiegelung jener Zeit im Empfinden der heute lebenden Nachkommen zu geben; die Zeit selber vermag es kaum lebendig zu machen, dazu war wohl der Gegenstand zu groß. B. B.

Jaques Roumain: «Herr über den Tau». Universum-Verlag, Zürich, 148 S.

Daß erwachende Kolonialvölker sich ihre eigene Literatur schaffen, in welcher der Kampf gegen die außen und innen erwachsenden Hindernisse eine Hauptrolle spielt, versteht sich von selbst, wenn es auch für den Europäer stets eine kleine Überraschung bedeutet, dieser jungen Literatur zu begegnen. Was sich aber gar nicht von selbst versteht, ist die Größe der dargestellten Probleme. Seit die Könige und Helden Shakespeares den kleinen Leuten gewichen sind, sind oft genug auch die Probleme klein geworden. Müßten diese dann nicht geradezu in Unbedeutendheit versinken, wenn